

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Gründet Hirsch mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich M. durch unsere Ausländer zugezogen in der Stadt monatlich M. auf dem Lande M. durch die Post bezogen monatlich M. mit Zustellungspflicht. Alle Poststellen und Postämter sowie unsere Wilsdruffer und Weißeritzstädte nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.



Jahrestarif M. für die gehaltene Abrechnung oder deren Raum, Postamt, die 2 halbjährige Abrechnung M. Bei Weiterleitung und Jahresabzug entsprechender Preisabzug. Bestimmungen im amtlichen Zoll bzw. von Behörden für die gehaltene Abrechnung M. Nachstellungsgeschr. 50 Pf. Regelmaßnahmen bis vorzeitig 10 Uhr. Für die Abrechnung der durch Ferns. übermittelten Ausgaben übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abrechnungserfolg ist erlaubt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muss oder der Ausfraggeber in Rechenschaft gebracht wird.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Väffig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 150

Freitag den 30. Juni 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Bertigung der Obstbaumshädinge.

Kesselsdorf.

Es ist in letzter Zeit viel Ungeziefer an den Obstbäumen beobachtet worden; insbesondere tritt die Apfelbaumgespinstmotte in größeren Mengen auf.

Die Besitzer von Obstbäumen werden deshalb unter Hinweis auf die ihnen obliegende gesetzliche Verpflichtung angehalten, auf ihren Grundstücken die erforderlichen **Bertigungsarbeiten unverzüglich und längstens binnen 14 Tagen vorzunehmen**. Die Unterlassung ist strafbar.

V. O. 7a

Meißen, am 26. Juni 1922.

ssss

Die Amtshauptmannschaft.

Am Sonntag den 2. Juli 1922 vormittags 7 Uhr findet hier eine Uebung der Pflichtfeuerwehr

statt. Alle zum Feuerlöschdienst verpflichteten Personen, die in den Jahren 1882 bis mit 1902 geboren sind, haben sich um 7 Uhr vormittag am Spitzhaus einzufinden. Unentzuldigtes Fernbleiben oder verspätetes Erscheinen wird nach § 19 der hiesigen Feuerlöschordnung mit Geldstrafe bestraft. Begründete Entschuldigungen sind spätestens 48 Stunden nach der Versäumnis beim Gemeindevorstand schriftlich anzubringen.

Kesselsdorf, am 29. Juni 1922.

ssss Der Gemeindevorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Dem Reichsrat ist der neue Gesetzentwurf über die Maßnahmen gegen die Not der Presse zugegangen.

* Im ganzen Reich wurde am Tage der Volksversammlung Rathenaus große Kundgebungen veranstaltet, wobei es in Darmstadt zu schweren Zusammenstößen kam.

* Bei den Nachforschungen nach den Morden Rathenaus wurde das Automobil der Attentäter gefunden und beschlagnahmt.

* Am bayerischen Landtag legte Ministerpräsident Lichtenfeld unter stürmischen Überspruch der Linken gegen einzelne Bestimmungen der Ausnahmeverordnungen Protest ein.

Deutsche Arbeit für Frankreich?

An demselben Tage, an dem die sterblichen Überreste Walter Rathenaus der Erde übergeben wurden, hat der französische Minister für öffentliche Arbeiten Pläne bekanntgegeben, nach denen große öffentliche Arbeiten außerhalb der ehemaligen Kampfzone mit deutschen Arbeitern und deutschem Material ausgeführt werden sollen. Der Minister deutet dabei an Flussregulierungen, an den Bau von großen elektrischen Eisenbahnen, von Eisenbahnen selbst, an Dampfschiffen und Schaffung von Wasserstraßen. Der Gesamtwert der Arbeiten wird auf 18,5 Milliarden Franc berechnet. Gegenwärtig prüft ein internationaler Ausschuss unter dem Vorbehalt eines französischen Staatssekretärs die Pläne. Hier soll schon die erste Gruppe der auf diese Weise durchzuführenden Arbeiten festgelegt worden sein, und man erwartet für die nächsten Tage den Abschluss dieser Prüfung. Man werde sich doch wohl zunächst mit eingedrängteren Bauprogrammen begnügen, etwa in Höhe von 4 bis 5 Milliarden, die auf zehn Jahre verteilt werden sollen. Benannt werden jetzt die Regulierung der Rhône, die Schaffung von Elektrizitätswerken und Kanalarbeiten. Der ganze Vorschlag stützt sich auf die bestimme Bestimmung des Friedensvertrages, der den Siegerstaaten die Verwendung deutscher Arbeiter und deutscher Materialien für alle Arbeiten gestattet, die sie zur Entwicklung ihres industriellen und wirtschaftlichen Lebens benötigen. Vorausgesetzt ist nur die Zustimmung der Reparationskommission.

Hast möchte man vermuten, daß die Franzosen zur Fertigung dieser Pläne durch den Tod Rathenaus ermordet worden sind. Denn mit den Ideen, denen unser ermordeter Außenminister nachging und denen er mit seinen Sachverständigungsvereinigungen gern zu werden suchte, scheinen die Pläne des französischen Ministers, wenigstens soweit nach den bisherigen Mitteilungen gerichtet werden kann, nur eine entfernte Ähnlichkeit zu bestehen. Rathenaus war es um die Umwandlung weichenländischer Teile unserer Geldzahlungsverpflichtungen in Sachleistungen zu tun, wobei ein möglichst weitgehendes Zusammenarbeiten zwischen dem Bedarf der französischen und dem Lieferungsvermögen der deutschen Wirtschaft in Aussicht genommen war. Außerdem galt es ihm wohl als eine Selbstverständlichkeit, daß die Lieferungsvereinigungen in erster Reihe dem Wiederaufbau der zerstörten französischen Provinzen dienen sollten. In dem Arbeitsprogramm des französischen Ministers Le Trocqueur ist von allen diesen Dingen keine Rede. Man muß vielmehr befürchten, daß hier abermals eine Art diktatorischer Maßnahmen gegen uns verabschiedigt wird, daß uns Leistungen dictirt werden sollen ohne vorherige Anhörung unserer Wirtschafts- und Arbeiterverbände, und daß man uns außerdem zumutet, lediglich zu gehorchen, wie uns befohlen wird. Wie oft haben nicht schon Verhandlungen zwischen französischen und deutschen Organisationen über Art, Maß und Umfang der von deutschen Arbeitern zu übernehmenden Ausbauarbeiten in Frankreich stattgefunden. Wie oft sind nicht schon die Bewohner der früheren Kriegsgebiete um ihre Meinung befragt worden, und wie oft haben sie nicht bereits dem entschiedenen Verlangen nach deutscher Mitwirkung beim Wiederaufbau Ausdruck gegeben. Aber die Pariser Herren sind, neben anderen Münzen, die sie vorzüglich beibehalten, auch Meister der Verschleppung und der Verschwörung. Vier Jahre sind bald seit der Beendigung des Krieges vergangen, und nichts als ungeheure Berge von Papier sind bis jetzt für diese dringenden Aufgaben verschwendet worden. Nunmehr haben gewisse Politiker und gewisse Geschäftsfleute zu verhindern gewußt, daß hier wenigstens ein Anfang mit praktischer Verschönerungsarbeit geleistet

werde. Jetzt sollen Tausende von deutschen Arbeitern nach Frankreich verfrachtet werden, um dort wie waschende Sklaven von den Gebielen des Landes zu Arbeiten kommandiert zu werden, an denen sie selber nicht das geringste Interesse nehmen können. Man kündigt bereits an, daß diese deutschen Arbeiter in Markt bezahlt, daß ihnen die Nahrungsmittel von Deutschland geschickt werden sollen, und was ähnliche französische Ausmerksamkeiten mehr sind. Schon wird auch darauf hingewiesen, daß man von diesen Deutschen eine Sabotage der geplanten Arbeiten erwarten und deshalb besondere Maßnahmen gegen sie ergreifen müsse. Wiederaufbauarbeit, die unter solchen Bedingungen soll, wird alles andere eher als glücklich vorstatten gehen. Wie die deutschen Arbeiter sich zu Zuverlässigkeit dieser Art stellen werden, ist wohl kaum zweifelhaft; bei allem Enthusiasmus für internationale Gemeinschaft werden sie sich für Kronarbeit dieses Schlagab doch wohl kaum begeistern können, und unsere Regierung ist sicherlich noch viel zu sehr von dem Geiste der Rathenaus'schen Aufbauprojekte erfüllt, um den Plänen, die jetzt von Herrn Le Trocqueur geschmiedet werden, Geschmack abgewinnen zu können.

Aber, wie gefaßt, man scheint auch gar nicht zu beobachten, erst ihr Urteil über diese Forderungen einzuhören, sondern möchte sie ihr auf dem sehr bequemen Umweg über die Reparationskommission einsch zur Unterschrift vorlegen. Einige Hindernisse dürften sich hier aber doch diesmal einstellen, mag es nun den französischen Saboteuren wahren Wiederaufbau gefallen oder nicht.

Das Gesetz zum Schutz der Republik.

Die Durchführung der Ausnahmeverordnungen.

Die beiden neuen Verordnungen des Reichspräsidenten sollen bekanntlich nur für eine Übergangszeit gelten, bis das neue Gesetz zum Schutz der Republik in Kraft tritt, das schon seit längerer Zeit geplant ist. Der Entwurf wurde vom Kabinett in mehreren Sitzungen eingehend beraten. Auch die Ministerpräsidenten der Länder sind zu einer Befreiung der politischen Lage mit der Reichsregierung eingeladen worden. Die zur Ausführung der Verordnungen des thüringischen Staatsministeriums erlassenen allgemeinen Anordnungen wurden vom thüringischen Minister des Innern dahin abgeändert, daß die Demonstrationen zum Schutz der Republik stattfinden dürfen; doch ist polizeiliche Genehmigung erforderlich.

Bayerns Protest.

Die bayerische Volkspartei und die bayerische Mittelpartei haben zu diesen Ausnahmeverordnungen Interventionen im Landtag eingebracht, die vom Ministerpräsidenten Grafen Erich von Seckendorff beanwortet wurden. Dabei betonte dieser, für Bayern liege kein Anlaß zu solchen Maßnahmen vor, und die bayerische Regierung könne sich mit dem Inhalt der Verordnungen nicht einverstanden erklären, weil z. B. die Vorschriften über den Staatsgerichtshof ein schwerer Eingriff in die von der Reichsverfassung garantierter Justiz- und Polizeihoheit der Länder seien. Das treffe auch auf die starke Ausdehnung des Strafverfahrens des Reichspräsidenten zu. Wenn überhaupt Vorschriften erlassen werden, so müßten sie als Titel "Schutz der Verfassung" tragen. Dann könnten alle Bürger hinter Vorschriften treten, die geeignet sind, die Auswüchse der politischen Hebe und Lüge zu bekämpfen, möchten sie kommen von welcher Seite sie wollen.

Die Forderungen der Gewerkschaften.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich mit dem Vorstand des AfA-Bundes und den drei politischen Arbeiterparteien in Verbindung gesetzt und an Regierung und Reichstag Forderungen zum Gesetz über den Schutz der Republik gerichtet. Danach soll das Gesetz u. a. enthalten:

Soziales Verbot und strenge Bestrafung jeder monarchistischen oder antirepublikanischen Agitation in Wort, Bild und Schrift. Bestrafung auch derjenigen, die solche Agitation oder Angriffe auf die Republik und ihre Organe irgendwie verbreiteten, belohnen oder begünstigen. Verbot und sofortige Auflösung aller monarchistischen oder antirepublikanischen Verbündungen. Verbot der monarchistischen Fabriken und Parteien. Soziale Befreiung aller monarchistischen Embleme in den öffentlichen Gebäuden und Institutionen. Verstrafung jedes Narrenfestes in Wort oder Schrift auf die

revolutionären Farben und Symbole. Strenge Vorschriften zur Säuberung der Regierungsstellen und Behörden, einschließlich der Gerichte und der Reichswehr von allen monarchistischen oder antirepublikanischen Elementen. Verbot des Uniformentrags außerhalb des Dienstes. Verbot des Uniformtragens für ehemalige Offiziere. Schaffung einer Reichsrepublike, insbesondere einer Reichskriminalpolizei. Sofortige Amnestie im Reich und in den Ländern für alle wegen politischer Vergehen Verurteilten mit Ausnahme derjenigen, die im Sinne dieses Gesetzes strafbare Handlungen begangen haben. Amnestie auch für die aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks zur Verantwortung Gezogenen.

Die politischen Arbeiterparteien haben sich verpflichtet, diese Forderungen gemeinsam durchzuführen und alle Maßnahmen der Regierung zur Errichtung dieses Ziels zu unterstützen. Von den Gewerkschaften und Arbeiterparteien des Auslandes fordert diese Entscheidung eine starke Einwirkung auf ihre Regierungen in der Richtung, daß die Entente von ihrer Gewaltspolitik gegen das deutsche Volk, die den Nationalisten und Monarchisten in Deutschland immer neuen Agitationstross gesetzt hat, endlich ablädt.

Die Mörder Dr. Rathenaus.

Das Auto der Mörder anscheinend entdeckt.

Berlin, 28. Juni.

Die Untersuchung zur Feststellung der Mörder des Reichsministers Dr. Rathenaus macht, wie es scheint, erhebliche Fortschritte. Die Feststellung des für das Attentat benutzten Automobils soll inzwischen gelungen und das Auto beschlagnahmt sein. Das beschlagnahmte Auto ist am Donnerstag voriger Woche aus einem auswärtigen Ort nach Berlin gekommen und in einer Garage untergestellt worden. Am Sonnabend vormittag, an dem das Verbrechen verübt worden ist, ist der Wagen von dem Chauffeur gebaut worden und war einige Stunden lang fort. Gegen Mittag ist das Auto wieder in die Garage gefahren. Der Chauffeur ging weg, und seit dieser Zeit hat sich niemand mehr um den Kraftwagen gekümmert. Nun stellt es sich aber heraus, daß der Wagen nicht die Farbe trägt, die er nach Aussagen der Augenzeugen haben soll. Er ist nicht blau-schwarz, sondern braun.

Weitere Verhaftungen.

Im Zusammenhang mit der Autobeschlagnahme sind eine Anzahl von Verhaftungen erfolgt, aber die im Zuge der Untersuchung bisher noch völliges Stillschweigen gewahrt wird. Der in der Angelegenheit der Ermordung Rosa Luxemburgs mehrfach genannte Leutnant Krull wurde in einer Wohnung in Wandsbek, wo er sich verborgen hielt, auf Ersuchen der Reichsbehörden verhaftet. Leutnant Krull behauptete bei seiner Vernehmung, daß er Wandsbek und Hamburg in den letzten acht Tagen nicht verlassen habe. Er ist nicht blau-schwarz, sondern braun.

Telegraphisch wird uns gemeldet:

Angestellte der Organisation C.

Berlin, 28. Juni. (Amtlich.) Nachdem die Abteilung I des Berliner Polizeipräsidiums bereits am Dienstag den zur Ermordung des Ministers Rathenaus benutzten Kraftwagen ermittelt und im Berliner Polizeipräsidium sichergestellt hatte, ist es ihr jetzt gelungen, die Worte in vollem Umfang auszuläutern und die Täter festzustellen. Die Täter sind:

1. Ernst Werner Tiefow, 21 Jahre alt, in Berlin geboren und zuletzt in Berlin wohnhaft, 1,78 Meter groß, dunkelblondes, gescheites Haar, voller Mund, bartlos, rundes Kinn, gelunde, trübe, gebraunte Gesichtsfarbe, schlankes Gestalt. Kleidung: Grauer Dackeltanzzug, langes Beinlager, weicher dunkler Filzhut.

2. Fischer, auch Vogel genannt (Spitzname Pebeur), Hermann, früherer Aufenthaltsort Flöha i. Sa., auch Chemnitz, nicht älter als 25 Jahre, 1,75 bis 1,78 Meter groß, hellblond, hohe Stirn, braune Augen, Holznase, spitzer Mund, bartlos, blaßliches Gesicht, schwaches Gelächter, schwaches Lachen, Kleidung: Blauer zweiteiliger Salopette, gelbe Handschuhe, gelber Regenmantel, weicher Haarschädel, lange Krawatte.

3. Knauer, auch Koerner und Kern genannt, gleichfalls nicht älter als 25 Jahre, 1,73 bis 1,75 Meter groß, hellblond, hohe Stirn, blaue Augen, Holznase, bartlos,

spitzes Kinn, breites Gesicht, gebräunte, gesunde Gesichtsfarbe, kräftige, breitschultrige Gestalt, meidenburgischer Dialekt. Kleidung: Blauer zweireihiger Sakkanzug, schwarze Stiefel, weißer Stehkragen, kleine, schwarze Krawatte, Filzhut.

Die drei benannten gehören der Organisation C an und waren früher Angehörige der Brigade Ehrhard. Der zu 3. genannte Knaben (Roerner, Kern) war während des Kapp-Putsches bei der sogenannten Stabswoche der damaligen Kappischen Reichswehr tätig. Festgenommen sind die drei Täter bisher noch nicht. Sie haben sich aus Berlin entfernt. Da sie nach den politischen Feststellungen zur Zeit der Tat nicht über große Geldmittel verfügten und auch keine Pässe besaßen, ist damit zu rechnen, daß die Täter sich im Inland aufhalten. Techow ist am Sonntag abend mit dem Zug 8 Uhr 35 Min. nach Halle gefahren. Die beiden anderen haben vermutlich am Dienstag mittag Berlin verlassen und sich nach Norden begeben. Eine Anzahl weiterer Personen, die der Mittäterschaft überführt sind, wurde von der Berliner politischen Polizei bereits festgenommen.

Ein Teilnehmer des Mordkomplotts verhaftet.

Berlin, 29. Juni. (u.) Dr. Weiß erläutert zur Ermittlung der Althausenmörder folgendes: In der Nacht zum Dienstag wurde im äußersten Berlin ein Teilnehmer des Mordkomplotts verhaftet. Durch die Auslagen dieses Mannes und durch das Material, das man bei ihm fand, wurde die Polizei auf Spuren hingewiesen, die sich dann auch in der Nacht als wichtig erwiesen haben. Über den Namen des verhafteten Teilnehmers wird vorläufig noch Stillschweigen bewahrt.

Kundgebungen und Zwischenfälle.

Die Kundgebungen in Berlin am Nachmittag des Beleidigungstages wichen sich rubig ab. Im Lustgarten, auf dem Schloßplatz und dem Neuen Markt versammelten sich Hunderttausende von Menschen mit Fahnen und Emblemen, zu denen eine Reihe von Rednern sprach. Sie forderten Schutz der Republik und der Verfassung unter großer Beifall der Menge.

Ahnliche Kundgebungen fanden in München, Hannover, Essen, Breslau, Königsberg, Frankfurt a. M., Erfurt, Lübeck usw. statt. Unliebsame Vorkommen unterblieben hier überall. Dagegen wurden in Karlsruhe Schilder mit Hostierantritt und Kronen zertrümmt. Zu besonders schweren Ausschreitungen kam es vor dem Hause der Geschäftsstelle der Deutschen Nationalen Volkspartei. Hier wurden die Rolläden gewaltsam emporgeshoben, eine große Schauflerscheibe zertrümmt, sämtliches Mobiliar kurz und klein geschlagen und auf die Straße geschleudert. Noch schwere Zwischenfälle ereigneten sich in Darmstadt. Die Unruhen begannen ebenfalls mit Herunterreißen von Schildern u. dgl. Die Menge soll in die Wohnungen der Volkspartei-Dingelde und Dr. Ossam eingedrungen sein und Schaden angerichtet haben. Alsdann drang die Menge in die Redaktion der Hessischen Landeszeitung ein, zerstörte die Türen und Fensterscheiben, demolierte das Mobiliar und wußte die Zeitungen und Manuskripte auf die Straße. Auch in der Redaktion des Täglichen Anzeigers wurden die Fensterscheiben eingeschlagen, das Mobiliar zerstört und die Zeitungen auf die Straße geworfen. Beim Einschreiten der Polizei fenerzte sie nach einigen blutigen Schüssen scharf auf die Menge, woran diese auseinanderstob. Man spricht von mehreren Toten und Verwundeten. In Heidelberg hielt des Verboten des Aktors, am Beleidigungsnachmittag eine Vorlesung in der Universität ab. Darauf erschien eine Volksmenge vor der Universität, die von Studenten mit Hydroxylen bespritzt und mit Steinen beworfen worden sein soll. Es folgte später unter starkem Polizeiaufgebot die Verhaftung des Geheimrats Lehnhard und einiger Studenten.

Maßnahmen gegen die Not der Presse.

Umlage auf den Waldbesitz.

Die mehrsachen Ankündigungen und Verhandlungen der letzten Zeit haben nunmehr zur Formulierung eines Gesetzentwurfes geführt, daß der immer größer werdenden Notlage der deutschen Presse abhelfen soll.

Dem Reichsrat ist vom Wirtschaftsministerium der Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse zugegangen. Die Regierung wird darin ermächtigt, auf Grund von Selbstlosigkeitsmitteilungen die Presse für Holzstoff, Zellstoff- und Druckpapier zu bestimmen. Sie kann diese Preise zu Höchstpreisen erklären.

Zur Beseitung der wirtschaftlichen Notlage der Presse haben serner die Länder an eine Notfalle der deutschen Presse, die eigene Rechtspersönlichkeit besitzt, vom 1. Juli d. J. an einen Beitrag abzuhören, der für das dritte Quartaljahr 1922 auf den Kopf der Bevölkerung zwei Mark ausmacht. Die Länder werden ermächtigt, den von ihnen zu zahlenden Betrag auf die Eigentümer oder sonstigen Nutzungsberechtigten von forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken anzulegen. Der Maßstab bleibt den Ländern überlassen, jedoch ist eine Umlage nach dem Vermögen oder Einkommen nicht zulässig.

In der Bekündung wird darauf hingewiesen, daß infolge des Steigens der Röhne, Materialpreise usw. die Gefahr besteht, daß die Struktur des gesamten Zeitungs- und Zeitschriftenwesens zerstört wird und daß eine geringe Anzahl von Großbetrieben an Stelle der Mannigfaltigkeit und Bodenständigkeit der gegenwärtigen Betriebsform tritt. Schon jetzt ist eine Anzahl Zeitungen in die Hände einzelner Interessengruppen übergegangen. Zudem ist die Beschriftung nicht unbegründet, daß fremdländisches Kapital im deutschen Zeitungswesen erheblichen Einfluß gewinnt. Der Not der Zeitungen und Zeitschriften kann nur durch Bereitstellung anderer Geldmittel gesteuert werden, die als Rückvergütung aus dem Druckpapierpreis den Verlagsunternehmungen unmittelbar zugeteilt werden. Man erhofft bei Annahme des Gesetzentwurfs eine Verbilligung des Zeitungspapiers von etwa 2 Mark pro Kilogramm. Verschiedene Vertreter der Länder, die an den Holzabträgen interessiert sind, haben befürwortet, die Sprache im Reichsrat gegen die geplanten Maßnahmen erhoben.

Politische Kundschau.

Deutsches Reich.

Die Getreideumlage im Ausschluß angenommen.

Der volkswirtschaftliche Ausschluß des Reichstages beschloßt sich Dienstag erneut mit der Getreideumlage. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde die Menge des abzuliefernden Getreides unter Wiederherstellung der Regierungsvorlage in diesem Punkte mit 2½ Millionen Tonnen festgesetzt. Die Grenze, bis zu der kleinere Landwirtschaften von der Umlage befreit sein sollen, wurde nicht nach der Gesamtanbausfläche, sondern nach der Getreideanbausfläche auf Zentrumsantrag mit 1½ Hektar bestimmt. Ferner wurde ein Zentrumsantrag angenommen, der für das erste Bierel der Umlage folgende Preise festsetzt: Rogg 8000 Mark, Weizen 8900 Mark, Gerste 7800 Mark, Hafer 7500 Mark. Die Preise für die anderen drei Bierel werden nach Anhöhung eines Ausschusses festgesetzt werden. Die Ausweisungen aus dem besetzten Rheinland.

Durch die Presse ist in den letzten Tagen die Meldung gegangen, daß in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni seben, nach einer anderen Lesart 70 Personen, meist deutscher Abstammung, durch die Rheinlandskommission aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden seien. Diese Nachricht entricht nicht den Tatsachen. Tatsächlich sind in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni fünf Personen.

darunter zwei Ausländer, durch die Rheinlandskommission aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden.

Deutsche Armeesfragen im englischen Unterhause.

Ein Parlamentsmitglied fragte im englischen Unterhause den Staatssekretär, ob er irgendwelche Kenntnis habe, daß das deutsche Offizierskorps der französischen Armee noch besteht, und ob es von den deutschen Militärbehörden ähnlich anerkannt sei. Staatssekretär Evans erwiderte, die Zahl der Offiziere des regulären deutschen Heeres sei im Friedensvertrag auf 4000 beschränkt. Alle anderen regulären Offiziere seien verabschiedet worden. Die deutschen Behörden erkannten das bestehende Offizierskorps an, andere Offiziersvereinigungen würden nicht anerkannt. Ein anderes Mitglied fragte, ob die deutschen Mobilisierungsgesetze aufgehoben worden seien. Evans erwiderte, daß die Interalliierte Kontrollkommission berichtet habe, daß die deutsche Regierung alle die Mobilisation angebenden Gesetze aufgehoben habe mit Ausnahme des Gesetzes vom 15. Juli 1873 über die Requisitionen zur Zeit der Mobilisierung. Die Kommission habe auch die Aufhebung dieses Gesetzes gefordert.

Der Nachfolger Rathenau.

Bekanntlich ist der Reichskanzler vorläufig mit der Führung der Außenpolitik betraut worden, doch ist das natürlich nur ein Übergangszeitstand, und es muß bald ein neuer Mann Rathenau Platz einnehmen. Nun laufen aber zurzeit zwischen den Entente-Mitregierungen, der Reparationskommission, dem Garantiekomitee und der deutschen Regierung höchst komplizierte Verhandlungen, die nur von einem Mann beherrschend und weitergeführt werden können, der an diesen Verhandlungen in allen ihren Einzelheiten aktiv von Anfang an teilgenommen hat. Diesen Einblick hatten nur drei Männer der Reichsregierung: Dr. Wirth, Rathenau und Dr. Hermes. Es ist daher begreiflich, daß der Übergang des Dr. Hermes vom Reichsfinanzministerium ins Auswärtige Amt im Vordergrund der Erwägungen steht, doch wird die Entscheidung über die endgültige Neubesetzung des Außenministerpostens wohl erst Anfang Juli fallen.

Der Dienstaufwand der höchsten Beamten.

Der Entwurf eines neuen Nachtragbesatz steht mit Rücksicht auf die steigende Teuerung und eine Erhöhung der Dienstaufwandsförderung der höheren Reichsbeamten vor. Mit Wirkung vom 1. Juli 1922 sollen erhöht werden: die Dienstaufwandsförderung des Reichskanzlers auf 260 000 Mark, der Reichsminister auf 70 000 Mark. Der Reichsminister der Finanzen wird ferner ermächtigt, zur Rückerstattung der Not der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht bis zu hundert Millionen Mark zu veranschlagen.

Großbritannien.

× Arbeiter gegen Lloyd George. Der 22. Jahreskongress der britischen Arbeiterpartei wurde in Edinburgh eröffnet. In seiner Eröffnungsrede sagte der zum Präsidenten gewählte Bowe in u. a.: Lloyd George habe nicht den Mut gehabt, auf den Versailler Vertrag zu verzichten, obgleich er sich bemüht habe, sich den Konsequenzen des Vertrages zu entziehen. In Großbritannien herrsche eine dauernde wirtschaftliche Depression, die zum Teil auf den Verlust des britischen Außenhandels und auch auf die Verminderung der Arbeitserlöse zurückzuführen sei.

Rußland.

× Lenin's Befinden verschlechtert. Nach Berichten aus Moskau hat sich das Befinden Lenins während der allerletzten Tage sehr verschlechtert. Er soll nur mühsam sprechen können, und sein Gedächtnis versage zeitweise daran, daß er nicht in stande sei, die Menschen um sich herum zu erkennen. Zwei belastete deutsche Ärzte sollen sich auf dem Lustwege nach Moskau befinden.

Hann. Auf der internationalen Konferenz begannen die ersten Verhandlungen mit den Russen über die Kreditfrage.

— ohne nur einmal ein Wort des Dankes zu haben — als müsse es so sein."

"Du hast ja dafür Steinbogen."

"Das ich aber nicht länger halten kann, wenn ihr so weiter lebt! Es ist unmöglich! Und eine neue Hypothek nehme ich unter keinen Umständen auf. Willst du das Auto von deinem Kapital bezahlen, Konstanze, dann meldest du weg — dann will ich verzichten, das Geld aufzutreiben. — Du mußt mir das schriftlich geben."

"Hättst mit gar nicht ein! Aber der neue Aufstand, die neuen Scheunen, die Arbeitshäuser, le ar nicht nötig waren, bis vielen Anschaffungen für Steinbogen. Das ist wohl alles nur von deinem Gelde gekommen? Warum siehst du jetzt so viel Geld hinein? Du wirst's wohl gewußt haben, warum. Das du Steinbogen recht neu übernommt."

"Sollte ich es denn, wie Vater es leider getan hat, noch mehr verhälter lassen?"

Lebt war er doch empört über diese Gestaltung der Schwester und mußte es aussprechen.

"Konstanze, für so niedrig verdient und berechnend hätte ich dich wirklich nicht gebeten; fast muß ich mich beider schämen! Du nimmst mir wirklich die ganze Freude an Steinbogen, das ich mit so ungünstiger Milie wieder in die Höhe gebracht habe. Während ihr in Lüttich schwelget, habe ich — doch wozu euch das sagen — ihr habt gar kein Verständnis, auch nicht das Recht, eine Arbeit zu beurteilen, ihr, die ihr nicht imstande waret, auch nur das Salz zum Brod zu verdienen —"

"Und deine Reise nach Italien?" fragte Frau Agathe mit maliziösem Lächeln. "Für uns war das Geld nicht da."

"Für euch hab' ich mich kraut gearbeitet, und dann soll ich nicht einmal an meine Gesundheit denken — das erstmals in den acht Jahren. Du hast wohl am allerwenigsten Grund, solche Ansprüche zu machen, ich bitte, das zu bedenken! Auch meine Geduld hat ein Ende!" herrschte er Frau Agathe an. Dann atmerte er tief auf und mäßigte seine Stimme zu "er ansäuglichen Ruhe und Küste."

"Justizrat Wendler soll auch in den nächsten Tagen eine genaue Auflistung aller Einnahmen und Ausgaben von Steinbogen zuschicken, aus denen ihr ersehen werdet, daß ich nicht zu einem Vorteil gewirtschaftet habe. Wenn ich heute aus Steinbogen gehen würde, hätte ich nichts — nein, weniger — ich habe acht Schuhe, unverlierbarende Jahre verloren. Ich fühle von vorn anfangen! Und damit ich nicht ganz für umsonst gearbeitet habe, soll es von nun an anders werden. Meine Güntigkeits ist zu Ende! Ihr bekommt eure Reute — nichts weiter. Gelt zu, wie ihr euch entscheidet. Mein liebstes Wort ist gesprochen.

Gräfin Laßbergs Entlein.

85)

Roman von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

„Heute mußte er doch lachen. Höhnend klung es durch den Raum.

„In der Tat, eure Lebensführung ist sehr einfach — so einfach, daß sie die Kräfte Steinbogens tatsächlich übersteigt! Ihr müßt sparsamer leben — und vor allem — der Wagen kommt heute noch aus em Hause; ich kann ihn nicht bezahlen!“

„Du mußt es — das bist du uns schuldig! Wir geben doch die Equipage dafür auf! Verkauf außerdem ein Stück Feld, einige Räume, dann hast du die Summe.“

„Soll ich nicht gar Steinbogen auch gleich verlaufen?“ sagte er grimmig. „Dann hättest ihr ja genug zum Ausgeben. An eure Zukunft denkt ihr wohl nicht.“

„Das beste wär' es! Dann hätte aller Streit ein Ende!“ bemerkte Konstanze.

„Du solltest dich schämen, Konstanze, das zu denken, geschweige auszusprechen! Seine Stimme bebte vor Erregung. „Ich habe redlich für euch gearbeitet.“

„Für dich wohl nicht?“ warf Konstanze schnippisch ein. „Die gehört wohl Steinbogen nicht?“

„Auf dem Papier — allerdings! Doch ihr habt mehr davon als ich!“

„Dein guter Vater Lothar, mein liebster Mann, hat besser und nobler für mich georgt als du!“ sagte Frau Agathe mit weinerlicher Stimme.

„Ja, indem er Steinbogen in einer Weise belastete, die allgemeines Kopfschütteln erregte. Und ich habe arbeiten müssen, schlimmer als ein Tagelöhner, um mir den Posten meiner Väter zu erhalten, um wenigstens die drückendsten Verbindlichkeiten abzulösen.“

„Wenn es so stand, warum hast du Steinbogen nicht verkaufen, damals, als dir Fabrikbesitzer Clemens das so vorliebholte Angebot machte? Für das Geld könntest du längst eine andere Klischee haben!“

„Wenn Mama das sagen würde, würde ich es bestreitlich finden, da sie aus einer Sphäre stammt, bei daß Verwüstsein „eigene Scholle“ wohl am freimsten von allem ist.“

„Aran Agathe wollte aufzählen; sie war dunkelrot und schnappte nach Luft. „Bitte, möchtest du etwas erwidern?“ fragte er fast, nach der fassungslosen Frau hinüberblickend. Dann wandte er sich nach der Schwester.

„Die aber, Konstanze, hätte ich doch nicht herrenmäßig zugetrunk! Hast du so wenig Stolz und Abhängigkeitsgefühl — und Verständnis für das, was die alten alten Adelsgeschlechte hasen Häule lebt müsse?“

Deutscher Reichstag.

(28. Sitzung.) CB. Berlin, 28. Juni.
Die heutige Sitzung begann mit einer Beleidigungsbewilligung. Präsident Voelke gedachte des kürzlichen Eisenbahnglücks auf dem Nordring und sprach den Verwundeten und Hinterbliebenen der Soldaten das Beileid des Reichstages aus. Von den Abgeordneten wurde diese Anerkennung stehend angehört.

Hieran wurden in räder Folge verschiedene Vorlagen erledigt. Der Nachtragsetat für 1922 wurde ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen, dazu eine Entschließung, in der die Regierung erklärt wird, die sozialen Zuwendungen für die Beamten der Geldentwertung anzupassen. Weiter wurde der Gesetzentwurf über Erhöhung der statistischen Gebühren für den Warenverkehr mit dem Ausland ebenfalls ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen, desgleichen die Vorlage, durch die das Erneuerungsgebot zur vorübergehenden Herauslegung oder Aufhebung von Zöllen bis zum 30. Juni 1923 verlängert wird. Das Gesetz über Abweichungen vom Biersteuergesetz wurde dem wirtschaftlichen Ausschuss überreicht. Ein Zusammensetzen zu dem

deutsch-polnischen Abkommen über Oberschlesien wurde in allen drei Lesungen angenommen. Abg. Schulz-Bromberg (Deutschland) beantragte hierauf, die übrigen deutsch-polnischen Abkommen über Einführung des Grenzvertrags und über Berg- und Blattensiedlungen Eigenamt dem Ausschuss für auswärtige Politik zu überweisen.

Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes bat dagegen dringend, die sofortige Aufklärung der Abkommen zu ermöglichen. Die Ausschusshörerwerbung wurde abgelehnt.

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschland) bedauerte, daß die späte Vorlegung der Abkommen es den Parteien unmöglich gemacht habe, zu den Verteilungen Stellung zu nehmen. Er verzichtete aber auf einen Widerspruch gegen die sofortige Vornahme der dritten Beratung. Darauf wurden die Abkommen in allen drei Lesungen angenommen. Nunmehr kam man zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die

Arbeitszeit im Bergbau unter Tage.

Der Ausschuss hat das Gesetz, das ursprünglich nur für den Steinkohlenbergbau bestimmt war, auf alle Gruben ausgedehnt. Die allgemein durch Tarife festgelegte Arbeitszeit soll danach gesetzlich bindend sein. Überstudien können durch allgemeine verbündliche Tarifverträge vereinbart werden.

Abg. Süßer (Komm.) begrüßte mehrere kommunistische Anträge. Danach sollte das Gesetz auch an Salinen ausgedehnt werden. Die Salinen sollten längstens 7 Stunden betragen und an besonders harten Arbeitsplätzen fürzest sein.

Reichsarbeitsminister Brauns summte den Ausdauverbefreiung zu, belämpfte aber die kommunistischen Anträge, die zu einer Erzeugungsminde rung führen und die Durchführung des Gesetzes verzögern müssen.

Abg. Pieper (U. Soz.) summte ebenfalls den Ausdauverbefreiung zu, wodurch sich aber gegen das Gesetz, die Arbeitsschichten zu einer dauernden Einrichtung zu machen.

Abg. Jantuschek (Soz.) lehnte gleichfalls die kommunistischen Anträge ab.

Nach Ablehnung der kommunistischen Anträge wurde die Vorlage in der Ausschusssitzung in zweiter und dritter Beratung angenommen, dazu eine Entschließung des Ausschusses, in der eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit auch für die Angestellten verlangt wird. Hieran begann die zweite Beratung des

Arbeitsnachweisgesetzes.

Der Ausschuss hat die Regierungsvorlage in mehreren Punkten geändert. So will der Ausschuss keine gewerbsmäßigen Stellenverwaltungen mehr konzessionieren und will die vorhandenen der Aufsicht der Arbeitsnachweisämter unterstellen. Im folgenden bringt die Vorlage den Zwang zur Erteilung öffentlicher Arbeitsnachweise und für die meisten Arbeitgeber den Zwang zur Anmeldung offener Stellen. Als Arbeitsnachweisämter werden eingerichtet die öffentlichen Arbeitsnachweise, die Landesämter für Arbeitsvermittlung und als Zweite das Ausschusssamt für Arbeitsvermittlung.

Reichsarbeitsminister Brauns wies den in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwurf zurück, daß die Vorlage einen neuen großen Beamtenapparat schaffe. Der Apparat sei schon vorhanden, durch die gesetzliche Regelung werde die Zahl der Arbeitsnachweise nicht vermehrt, sondern eher vermindert. In der Verwaltung des Arbeitsnachweiswesens sei wahrgenommen, daß der Grundzahltätigkeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und der Schwere der Minderheit. Der Minister empfahl die Annahme der Vorlage, die zwar nicht alle Wünsche erfüllen kann, aber doch einen wesentlichen Fortschritt bedeutet, zumal die Arbeitsvermittlung unumgänglich werde. Nur die im Dorf in befürchtende Arbeitslosigkeit sei ein solches Gesetz unentbehrlich.

Abg. Kaiser (Soz.) trat für rasche Verabschiedung des Gesetzes ein. Wir dürfen damit nicht warten bis zur Erledigung der Arbeitsnachweisverordnung.

Abg. Eger (Cent.) erklärte, daß seine Partei dem Entwurf in der Form, wie sie in der zweiten Ausschusssitzung angenommen worden sei, zustimmen werde.

Abg. Aufhäuser (U. Soz.) bemängelte die Vorlage in verschiedenen Punkten.

Nah und Fern.

O Wieder ein verstießenes Waffenlager. Der braunschweigische Minister Rönnenburg erhielt dieser Tage die Mitteilung, daß sich in Nürnberg, Amt Kalbörde, ein verstießenes Waffenlager befindet. Der Minister begab sich sofort mit einer Schuhabteilung an Ort und Stelle. Bei Durchsuchung der Gossenschaufabrik wurden auf dem Boden ein Paket mit neuen Gewehrringen, ein Gewehr, ein Seitengewehr und Munition gefunden. In der gegenüberliegenden Werkstatt wurden Maschinengewehre, Gewehrschlüsse und andere Gewehrtüpfel entdeckt. In einem Schuppen lagen etwa 120 Seitengewehre, auf dem Boden etwa die gleiche Anzahl. Gefunden wurden ferner eine Kiste mit S-Munition, Gewehrringen und Ladestreifen für Maschinengewehre. Endlich wurden in einem Schuppen des Brennereiverwalters unter dem gefälschten Schuhfußboden 198 Gewehre zutage gefördert. Auch an anderen Stellen des Dorfes wurden Stahlhelme, Seitengewehre sowie Uniform- und Ausrüstungsstücke gefunden. Vom braunschweigischen Staatsministerium sind umfassende Sicherungsmaßnahmen getroffen worden.

O Schwedische Stiftung für ehemalige deutsche Kriegsgefangene. Elsa Brandström, die voriges Jahr wegen ihrer Verdienste um die deutschen Kriegsgefangenen, namentlich um die Kriegsgefangenen Studenten, von der Universität Halle zum Ehrenmitglied ernannt worden ist, hat in Schweden für die ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen 2 Millionen Mark gesammelt. Sie hat für das Geld das Heilbad Marienborn bei Kamenz gekauft und wird das alte Moor- und Schwefelbad zu einem "Arbeitssanatorium für ehemalige deutsche Kriegsgefangene" ausbauen lassen.

O Mexikanisches Räuberleben. Der mexikanische Revolutionsführer Gómez hat 40 Angeklagte einer amerikanischen Petroleumgesellschaft gefangen genommen und 250 000 Dollar, die der Gesellschaft gehörten, geraubt. Er verlangt für die Freilassung der Gefangenen ein Lösegeld. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ihren Botschafter in Mexiko und den Generalkonsul in Tampico beauftragt, von den mexikanischen Behörden Maßnahmen zum Schutz der amerikanischen Bürger und ihres Eigentums zu verlangen.

Unsere Postbezieher

ersuchen wir, soweit es noch nicht geschehen ist, den tatsächlichen Bezugspreis für das 2. Quartaljahr = 9 Mark nunmehr umgehend in unserer Geschäftsstelle zu begleichen oder auf unser Postcheckkontor Dresden 2640 einzuzahlen.

Ferner empfiehlt sich die sofortige Erneuerung des Abonnements für den Monat Juli 1922, damit eine Unterbrechung in der Zustellung des "Wilsdruffer Tageblattes" nicht eintritt. Wir bitten unsere geschätzten Postbezieher, ihrem lieb gewordenen Heimatblatt, dem "Wilsdruffer Tageblatt" auch weiterhin die Treue zu halten zu wollen.

Hochachtungsvoll

Verlag des Wilsdruffer Tageblattes.

Bemischtes.

▲ Johannes Reuchlin. (Zur 400. Wiederkehr seines Todesjahrs.) Am 30. Juni jährt sich zum vierhundertstenmal der Tag, an dem Johannes Reuchlin, das Haupt des deutschen Humanismus, gestorben ist. Die Wissenschaft verdankt der Vielseitigkeit und Neuertheit des Wissens und dem literarischen Wirken des großen Humanisten unendlich viel. Reuchlin, der der erste Lehrer des Griechischen und Hebräischen in Deutschland war, wurde 1455 in Pforzheim geboren. Nach juristischen Studien bestreite er ein hohes Richteramt in Württemberg, widmete sich aber seit 1513 ganz seinen Studien. Von der Reformation hielt er sich fern.

▲ Altgriechische Gräberfunde. Der römische Archäologe Quagliari berichtet in einer italienischen Zeitschrift über die Ausgrabungen, die unter seiner Leitung in Tarent gemacht wurden, und die allerlei Neues für die Kenntnis der bei antiken Leichenbestattungen benützten Geräte erbracht haben. Im Mai des Jahres 1917 hatte Quagliari in der Nähe des Matrosenhospital's der Stadt eine aldeutsche Amphora gefunden, ein prächtiges Stück der archaischen Periode, deren Höhepunkt in Griechenland etwa um 500 v. Chr. war. Es stellte sich heraus, daß es sich um den Siegespreis handele, den Alben einem iarenischen Wagenlenker gegeben hatte, der mit seiner Quadriga an Preispielen teilgenommen hatte. Zusammen mit der Amphora wurden verschiedene andere Gegenstände, wie Schalen, Milchkrüge und Becher, ans Licht gefördert. Der Archäologe mußte dann aus verschiedenen Gründen von weiteren Ausgrabungen Abstand nehmen und konnte sie erst im März dieses Jahres wieder aufnehmen. Jetzt steht er auf vier im Rechteck angelegte, aus Blöcken errichtete Männer, die sich in ein Eingangsstor öffneten. Man batte es mit einem großen Grabgewölbe zu tun, das sorgfältig gepflastert war. Im Innern erhob sich eine aus einem einzigen Steinblock herausgebauene Säule. Längs der Wand stand man sieben Sarkophage. Das Grabgewölbe war bereits in älter Zeit wahrscheinlich von Römern verbraucht und zerstört worden. Die Römer hatten alle kostbarkeiten weggeschleppt und, was sie nicht mitnehmen konnten oder wollten, zerschlagen und bei der Tür aufgestapelt. Aus den Bruchstücken gelang es, noch einige Stücke von großer Schönheit zusammenzutragen.

▲ Die Racyle als Hochzeit. Ein Amerikaner hat die Trümmer der berühmten, aus dem Jahre 1350 stammenden Racyle von Bell-Croix angetaut, die eine Abböde in der Nähe des bei Mignon belegenen Städtchens Villeneuve stönt, und gedenkt die Ruine demnächst auf einem Schiff zu versetzen, um sie nach den Vereinigten Staaten zu übersetzen. Das kostbare Stück dieser Racyle besteht aus einem mit reichem Schnitzwerk verzierten Tortbogen, der wahrscheinlich das ursprüngliche Eingangsstor der verschollenen kleinen Kirche gezeigt hatte. Trotz der energischen Proteste der Einwohner hat der Käfer eine Anzahl Sachverständiger nach Villeneuve geschickt, die den Auftrag haben, für ordnungsmäßige Aufnahme und Verpackung der Ruine zu sorgen. Zu diesem Zweck wird jeder einzelne Stein photographiert und nummeriert; Hunderte von Rissen stehen bereit, um das eigentliche Frachtstück aufzunehmen.

▲ Braunkohlentrikot als Religion. Eine große Spiritusfirma in London erhielt fürzlich von einem Geschäftsfreund aus San Francisco ein Schreiben, aus dem ersichtlich ist, welche Geschäftsmöglichkeiten und Nothilfen unter dem amerikanischen Altkoholverbot möglich sind. Obgleich unser Land trotzgelegt ist, so heißt es in dem Briefe, erlaubt es die Gesetze doch, Whisky unter Zollverschluß zu halten und nach Bedarf aus dem Lager für kirchliche und medizinische Zwecke Altkohol zu entnehmen und in den Handel zu bringen. Auf Grund dieses Zugeständnisses hat man in Kalifornien jetzt eine neue Religion gestiftet, deren Anhänger mehrerermaßen in der Woche sich zu einer Abendmahlfeier zusammenfinden, bei der sie gehalten sind, so viel Whisky zu trinken, wie sie schädlicherweise zu sich nehmen können. Es erläutert sich, zu bemerken, daß jedermann Mitglied dieser neuen Religionsgemeinschaft werden will, und die Folge dieses Andranges von Gläubigen kommt daher in einer scharfen Steigerung der Nachfrage nach Whisky für kirchliche Zwecke zum Ausdruck. Die Polizei ist dieser "kirchlichen Feier" gegenüber machtlos, da die Gerichte zu ihren Gunsten entschieden haben, so daß der Polizei nichts weiter übrigbleibt, als gute Mine zum bösen Spiel zu machen." Die Geschichte läuft etwas amerikanisch; jedenfalls könnte es den Geistern nicht schwer fallen, gegen eine solche Umgebung des Gesetzes einzuschreiten, wenn sie den Willen dazu hätten.

Neueste Meldungen.

Plötzlicher Tod auf der Flucht.

Frankfurt a. M. Ausländer der Adelserwerbe besuchten die Fabrikengänge der wegen des Streiks der Techniker und Werkmeister stillgelegten Werke und nahmen eine drohende Haltung an. Der Kaufmännische Direktor Wiegand schickte mit seinem Kollegen über einen Breiterzaun, er erlitt hierbei einen Herzschlag und brach tot zusammen.

Die Münchner Tagung des deutschen Kartoffelhandels. DA München. Die in München abgesetzte und von Vertretern aus allen Teilen Deutschlands stark besuchte Generalversammlung des Einheitsverbandes Deutscher Kartoffelhändler hat eine Entschließung angenommen und richtet darin an den Reichstag die Bitte, baldmöglichst die bestehende Preistreibereverordnung dahin zu ändern, daß jedenfalls die unter Mitwirkung der amtlichen Organe des Handels oder der Landwirtschaft notierten Marktwerte als maßgebend für die Preisangemessenheit anerkannt werden.

Letzte Drahtberichte

des "Wilsdruffer Tageblattes".

Die neuen Gesetzentwürfe.

Berlin, 29. Juni. (Lu.) Der Reichskanzler hat am Mittwoch die Parteiführer empfangen und mit ihnen zwei Anlegenhkeiten besprochen, die mit in den Vordergrund des politischen Interesses stehen, die Betriebsumlage und das Gesetz zum Schutz der Republik. In der Besprechung haben sich die Gegenseite in den Forderungen in der Preisfrage nicht ausgleichen lassen. Die Sozialdemokraten, deren Fraktion sich Mittwoch abend neuwählt mit der Betriebsumlage beschäftigten, erklärte, die übertriebenen Ansprüche der Agrarier unter keinen Umständen bewilligen zu können. Zentrum und Demokraten wollen in neue Besprechungen mit der deutschen Volkspartei eingetreten. Der Gesetzentwurf zum Schutz der Republik hat am Mittwoch drei Sitzungen des Reichskabinetts passiert, und wird am Donnerstag den Ministerpräsidenten der Kreisstaaten, die hier zu einer Sitzung zusammengetreten, zur Kenntnis gebracht und darauf in den Reichsrat und den Reichstag gebracht werden.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 29. Juni.

□ Besserung. Der große Triumf, der durch unsere Besserung liegt, liegt in der Meinung, daß man die Masse bessern müsse und könne. So lange diese Ansicht maßgebend bleibt, kommen wir nicht aus unserer Not heraus. Tausend und aber Tausend verunsicherte und überzeugte Volksbezieher reden zur Masse, aber ihre Worte treffen auf taube Ohren und auf kalte Herzen. Masse sind immer die andern, der Einzelmensch sieht sich über sie und bezichtigt nicht auf sich, was der Masse gilt. Dadurch schwindet das Gefühl persönlicher Verantwortlichkeit immer mehr, und kribbelt bleibt Trägheit und Verbitterung. Die Seufzungen des Ganzen kann nur durch bewußte, schöpferische Persönlichkeiten erreicht werden, die bereit sind, die Probe auf das Ertümel an sich selbst zu machen, die selbst treuen, ehrlich und fleißig sind und dies den Leuten vornehmen, nicht lässig davon reden und schwärzen, daß sich die andern besser. Am Beispiel liegt es, Worte hören wir genug. Wie sieht es etwa mit der Berufstreuebildung, die so ziemlich vergangene ist? Aber den Wert oder Minderwert von Berufen zu streiten, ist müßig. Die praktische Wertschätzung bestimmter Arbeit hängt, wie bei Ware, von dem Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage ab. Gegenwärtig bedürfen wir dringlich der Handarbeit jeder Art, folglich wird sie hoch bewertet gegenüber der Geistesarbeit, für die sich die Nachfrage in ruhigeren Zeiten wieder verbessert wird. Jeder Beruf, der ehrlich und lässig ausgeübt wird, ist so viel wert, wie irgend ein anderer. Auch kommt es bei der Arbeit auf den Sohn an, den sie bringt, aber ihr höherer Wert besteht oder sollte doch bestehen in dem Nutzen, den sie für die Allgemeinheit schafft. Aus diesen Nutzen entspringt das Bewußtsein, ein nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu sein und an ihrer Besserung mitzuwirken und in weiterer Folge persönliche Verantwortlichkeitsgefühl. Wer ohne Absicht auf die andern seine Arbeit in Geld umlegt, der hat kein Recht, sich über die Gleichgültigkeit der Masse zu erregen, denn er ist selbst arbeitslos und unverlässliche Masse.

— Tumult im Landtage. Zu Beginn der Mittwochsitzung kam es zu Tumulten. Als Präsident Brähedorf sich erhob, um Minister Rathenau einen Nachruß zu widmen, verlangte die Linke, daß der deutsch-nationale Vizepräsident Dr. Wagner seinen Platz verlässe. Der kommunistische Abg. Schneller rief: "Der Kiel will ja bloß Dresden haben!" Der Mehrheitssozialdemokrat Müller erklärte, wenn Vizepräsident Wagner seinen Platz nicht verlässe, würde seine Partei das Haus verlassen. Die Kommunisten schlossen sich dieser Erklärung an und als Vizepräsident Dr. Wagner erklärte, er habe keine Veranlassung, seinen Platz zu verlassen, verließen die Linksparteien den Sitzungssaal unter schwülende Kurve auf die Rechte. Als dann Rude eingetreten war, gab Präsident Brähedorf nochmals der Trauer des Landtages über die Nordost-Ausbruch und ermahnte alle Kreise zur Ruhe. Hierauf verteilte sich der Landtag auf eine Stunde. Nach Wiedereröffnung der Sitzung verlangte Abg. Birth (Soz.) eine erneute Unterbrechung der Verhandlungen, damit die republikanischen Parteien sich eine Trauerfeier im Sitzungssaal der ersten Ständekammer abhalten könnten. Die Demokraten und der Zentrumsabgeordnete begaben sich darauf mit den Abgeordneten der drei Regierungsparteien in den Sitzungssaal der ersten Ständekammer, wo noch einmal Präsident Brähedorf und dann der Vorsitzende der demokratischen Fraktion, Abg. Dr. Seppelt, Ansprachen hielten. Nach erneuter Wiedereröffnung der Landtagssitzung gab dann Minister Lipinski namens der Regierung eine Erklärung ab, in der er erklärte, daß der Meuchelmord an Dr. Rothenau ein Glied in der Kette des planmäßig organisierten Terrors sei, durch den die Republik erschüttert werden solle. Er mache die Deutschenationen für die bestehende Programmtreuung verantwortlich, teilte mit, daß die sächsische Regierung die Befreiung des demokratischen Reichswehrministers Bekler fordert habe und schloß mit dem Aufruf: "Es lebe die Republik!" Ein Antrag der Deutschenationalen, sofort in die Besprechung der Regierungserklärung einzutreten, wurde von der Regierungsmehrheit abgelehnt und die nächste Sitzung auf Dienstag den 4. Juli angesetzt.

— Die Heuernte ist in vollem Gange. Auf vielen Wiesen hat die Sente ihre Arbeit schon getan. Das lange lange Frühjahr, das die Entwicklung der Gräser gegenüber normalen Jahren beträchtlich zurückhielt, ließ zunächst nur einen geringen Ertrag erwarten; aber die warmen Gewitterregen der letzten Wochen haben noch vielfach ausgleichend gewirkt. Dazu ermöglichte nun auch das Wetter, die Mähde in der qualitativ günstigsten Zeit vorzunehmen, in den Tagen der beginnenden Blüte. Sowohl die Gräser wie die Substanz. Später wird ein Teil davon in den Früchten (Samen) abgelagert, die beim Dörren leicht ausfallen, und die Stengel- und Blattgewebe werden dann bald hart und holzig. Ein früheres Abmähen ließet zwar ein noch ertragreicheres und zarteres Futter, aber nur geringe Ertragsmengen.

— Zum Fettreisensaft nach Höttengrund wurden gestern früh durch Mitglieder des hierigen Gedächtnisvereins 30 der Erholung bringend bedürftige Kinder gebracht. Wie uns mitgeteilt wird, sind alle wohlbedient am Ziel eingetroffen.

— Mittelalte-Turngau. Der technische Ausschuß hat für Sonntag den 9. Juli beschlossen, erstmals im Gau für die männliche Jugend ein Gauturnfest in Leubnitz-Neuostra abzuhalten.

— Schonet die Wölde! Das Finanzministerium weiß erneut darauf hin, daß sich Personen, die im Walde oder in gefährlicher Nähe eines Waldes brennende oder glimmende Gegenstände fortwerfen oder im Walde oder in gefährlicher Nähe eines Waldes unbedingt Feuer anzünden, einer Bestrafung aussetzen. Auch ist es ausdrücklich verboten, mit Kerzen zum Abdichten Staatsposten zu betreten.

— Fünf Wochen große Ferien auch für die höheren Schulen Sachsen. Kultusminister Fleischer hat seine Ju-

Stimmung dazu gegeben, daß die höheren Schulen Sachsen in diesem Jahre fünf Wochen große Ferien erhalten.

— 1712 853 deutsche Gefallene, 1712 853 deutsche Gefallene sind bis jetzt aus dem Krieg nachgewiesen worden. Für die Jahre 1914—1919 waren in den deutschen Standesamtsregistern 1 691 841 Militärpersonen als gefallen vermerkt. Dazwischen wurden nachträglich noch 19 313 Sterbefälle gemeldet. Dazu kommen 1699 Auslandsdeutsche. Von der ursprünglichen Zahl kommen auf 1914 von 241 343. Die Zahl stieg 1915 auf 434 034, fiel 1916 auf 340 488 und 1917 auf 281 905. Im Jahre 1918 mit seinen schweren Angriffen stieg sie wieder auf 379 777. Noch aus 1919 wurden 14 314 nachgewiesen. Den größten Anteil hat das 20. Lebensjahr, in dem 158 265 Soldaten oder 9,35 Proz. starben. Unter 20 Jahren waren 6,46 Proz. von 21—22 Jahren 9,20 Proz. usw. Von 19—25 waren am Reich 46,31 Proz., in Bayern 48,15 Prozent, in Berlin nur 38,15 Proz. Die Unterschiede erklären sich aus der verschiedenen Zusammensetzung der Bevölkerung in Stadt und Land. Im Laufe des Kriegsjahre ging der Höhepunkt der Sterbefälle immer mehr auf jüngere Altersklassen zurück. Von 1915 mit 21—22 Jahren auf 1916 und 1917 auf 20—21 und 1918 auf 19—20 Jahre. Es mußten immer jüngere Jahrgänge ausgebunden und an die Front gestellt werden. Von der Gesamtzahl waren 68,75 Proz. ledig, 30,84 Proz. verheiratet.

— Keine Vorauszahlung der Beamtenbezüge. Auf den von der Beamenschaft geäußerten Wunsch auf Vorauszahlung der Juli-Bezüge der Beamten hält das Gesamtministerium an der ablehnenden Haltung fest, die es bisher aus grundsätzlichen Erwägungen gegenüber der vorzeitigen Auszahlung der Beamtenbezüge eingenommen hat, ganz abgesehen davon, daß eine Vorauszahlung der Bezüge, wenigstens im vollen Umfang, im vorliegenden Falle bei der Kurze der zur Verfügung stehenden Zeit sich technisch nicht mehr durchführen ließe. Mit Rücksicht auf die gerade in der letzten Zeit sprunghaft gestiegene Teuerung soll aber ein 40prozentiger Zuschlag zum Ausgleichszuschlag sofort zur Auszahlung kommen in der sichersten Erwartung, daß der Reichstag einen solchen Zuschlag mit Wirkung von Anfang Juni an beschließen wird.

— Ehesauenzulage bis zur Scheidung. Der Frauenzulag steht nach einem Erlass des Reichsverkehrsministeriums einem Arbeiter zu, der von seiner Ehefrau getrennt lebt, solange die Ehe nicht durch rechtskräftiges Urteil gelöst ist. Falls in solchen Fällen bisher die Zulage nicht gezahlt worden ist, die sonstigen Bestimmungen aber zutreffen, so werden die entsprechenden Beträge mit Rückwirkung vom 1. April an nachgezahlt.

Für die vielen Glückwünsche und schönen Geschenke zur Silberhochzeit und den herrlichen Gesang des Männergesangverein „Sängerstan“
herzlichen Dank.
Wilsdruff, am 27. Juni 1922.
Alwin Heinze und Frau.

Dr. med. Adolf David
Facharzt für
Haut-, Geschlechts- und Blasenleiden
Dresden, Altmarkt 8 II, Haltestelle der Straßenbahn,
von der Reise zurück. Telefon 34690.
Sprechstunden täglich 10—1 und 4—7 Uhr.
Sonntags bis auf weiteres keine Sprechstunden.

Schüze's Tanzlehrinstitut.
Mittwoch, den 26. Juli abends 8—10 Uhr beginnt ein
Kursus für Ansänger im Gasthof Blankenstein,
Donnerstag den 27. Juli für Fortgeschrittene, daselbst,
Freitag den 28. Juli für ältere Herrschäften, in
Böhmes Gasthof, Tanneberg.
Werte Anmeldungen in den betreffenden Lokalen erbeten.
Hochachtungsvoll
Paul Schüze u. Frau, Ballettinspizient a. D. d. Landesoper
Dresden, Sachsenplatz 2 I.

Herregarderobe, Frische
Dr.-Löbau, Grumbacher Str. 20 p.
Privatgeschäft ab Burgstraße.
Elegante Herrenanzüge, Schlüpfer, Stoff-Brecheshosen, Schlosseranzüge, große Auswahl
in Hosen und Sommerjassen, Zeltbahn,
Jagdkleinen, Rahn und pa. Lodenjassen usw.
Dass meine Preise nicht zu hoch sind, beweist, daß
mein Geschäft diesen ungeahnten Aufschwung nimmt.

Oswald Mensch Nachf.
Inh.: Emil Mensch
Rosseschlächterei, Pferdegeschäft u. Speisewirtschaft
Potschappel, Turnerstrasse 10
Fernsprecher Amt Deuben 735
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.

Wir suchen zu kaufen
gute 1—3jährige Fohlen
Rathblüter und Oldenburger Schlag und erbitten Angebote
unter Angabe der Rasse, des Alters und Preises
Hainsberg i. Sa. Emil Küstner & Co.
Fernruf Freital 296.

— Frachtbriebe. Die am 30. d. M. abgelaufene Frist für die Verwendung der gültigen Frachtbriebe (großen und kleinen doppelseitig bedruckten — Formate) ist bis zum 30. September d. J. verlängert. Der Neindruck verkleinerter (doppelseitig bedruckter) Frachtbriebe kann jedoch nicht mehr genehmigt werden, da sich dieses nur vorübergehend eingeführte Muster nicht bewährt hat.

— Die 2. Klasse der 181. Sächsischen Landeslotterie wird am 12. und 13. Juli gezogen. Die Lose sind noch vor dem 3. Juli zu erneuern.

— 15 Mark für Licht, 10 Mark für Kraft. Nachstehender, die Allgemeinheit interessanter Beschlüsse wurde auf der fürtzlich in Dresden stattgefundenen Tagung des Verbundes sächsischer Elektrizitätswerke angenommen: In Abetracht der während des Krieges erzwungenen Zustandshaltung der Anlagen und unter Berücksichtigung der Veränderung der Mark, der außerordentlichen Steigerung der Preise für Kohlen und alle sonstigen Bau- und Betriebsstoffe, sowie Gehälter und Löhne kann kein Elektrizitätswerk weiterhin bei der verhältnismäßig geringen seither erfolgten Erhöhung der Strompreise seine Lebensfähigkeit aufrecht erhalten. Die leichten Erhöhungen betragen etwa nur das 20. bis 25. prozent der Vorstiegspreise, während die Kohlenpreise das 100fache, die Löhne das 40fache der Vorstiegspreise erreicht haben. Der Verband sächsischer Elektrizitätswerke beschließt daher, seinen Mitgliedern zu empfehlen, daß sie bei den heutigen Kohlenpreisen und Lohnen Strompreise anstreben, die sich aus Grundgebühr und Arbeitsgebühr und anderen tariflichen Maßnahmen zusammenleben und im Gesamtdurchschnitt für Licht etwa 15 % und für Kraft etwa 10 % betragen und in Kürze diese Preise zur Einführung bringen.

— Burgl. Im Marienschacht zu Döbeln erlitt am Mittwoch bei einem Gestellzusammenbruch in etwa fünfhundert Meter Tiefe der 56 Jahre alte, in Grobburgk wohnende Bergmann J. A. Schmidt schwere Kopfwunden und einen komplizierten Beinbruch. Er wurde einem Dresdner Krankenhaus zugeführt.

— Chemnitz. Als der Rangierarbeiter Eichner auf dem Kohlenbahnhof zwei Wagen zusammenrollen wollte, kam er zwischen deren Puffer, die ihm den Brustkorb eindrückten. Hierbei wurde sein sofortiger Tod herbeigeführt.

— Wittenstein. Eine aufregende Jagd mehrerer Radfahrer auf einen Dieb, der einen mit zwei Pferden gespannten Kutschwagen gestohlen hatte, verursachte hier großes Aufsehen. Der Dieb konnte mit seiner Beute endlich außerhalb der Stadt, die er vom Weg abgekommen und in einen Sumpf geraten war, festgenommen werden.

Oberschlesier überall!
Wer über die Vorgänge in der Heimat unterrichtet sein will, der bestelle bei der Post den
ober schlesischen Wanderer
(Bezugspreis monatlich 40 Mark)
die älteste und bei weitem verbreitetste
Tageszeitung, das bewährteste
Anzeigenblatt Oberschlesiens.

Wer Personal oder Stellung sucht, etwas kaufen oder verkaufen will, wer Geschäftsbündnisse im laufstetigen Oberschlesien anknüpfen will, erreicht dieses am schnellsten durch eine Anzeige im „Wanderer“. — Zur Zeit werden von vielen Leuten, die das polnisch werdende Gebiet verlassen wollen, neue Gürtelzen im Reiche gesucht. Wer sein Grundstück, Geschäft, Fabrik, Gutsbesitz oder Gut verkaufen will, erreicht dies mit verblüffendem Erfolg durch eine Anzeige im „Wanderer“, Gleiwitz. Die 29 mm breite Zeile kostet 5.— Mark.

Anzeigen für den Wanderer werden in der Geschäftsstelle des „Wilsdruffer Tageblattes“ ohne jeden Aufschlag entgegengenommen.

Turnverein (D. D.)
Wilsdruff.
Sonnabend 1. Juli 8 Uhr
Picknick
auf dem Turnplatz an der
Meißner Straße. 2820
Hierzu laden ein
der Turnrat.

Achtung! Achtung!
Hausbesitzer!
Die jeden Mieter in den
Tagen vom 1.—8. Juli unbedingt zu behändigende
schriftliche Erklärung ist in
gedruckten Formularen bei
den Herren Walther Gießel,
Bruno Klemm, Hermann
Heinitz zu haben und jedem
Hausbesitzer zu empfehlen.

Der Hausbesitzerverein.
Hund entlaufen
am Mittwoch den 28. Juni
vormittags in Wilsdruff,
Dresdner Str. Ecke Lößnig-
gasse. Stielhalsband,
brauner Maulkorb. Farbe:
schwarz, braun, gespenkelt,
Hängeohren, auf den Namen
Cafar hörend. Gegen Belohnung und Erfüllung der
Unkosten bitte abzugeben bei
Herrn Bennewig, Wils-
druff, Amishof. 2822

Rot- und Weiß-
Weinflaschen sowie
¾-Liter Kognak-
und Likörflaschen
kaufen 2821
zu höchsten Preisen
Heinitz & Co.

Knechte, Mägde
sucht für sofort 2820
Pollack, Stellenvermittlerin
Markt 13.

Siehe sofort einen ver-
hexten 2822
Geschirrführer
Kanzleileihngut
Obergruna.

— Molau. Unpräzisches Erscheinen der Brautpaare zur Trauung hat den biesigen Kirchenvorstand dazu veranlaßt, in allen vor kommenden Fällen einen Aufschlag von 50 Prozent auf die sahngsgemäß zu entrichtende Trauungsgebühr festzulegen.

— Plauen i. B. In der Freitag abend abgeholten Sitzung des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Lohnmaschinenbetrieb ist die Stilllegung der Lohnmaschinenbetriebe für den 8. Juli beschlossen worden. Dem Personal soll gefündigt werden. Es kommen etwa 1500 Arbeiter und Arbeitnehmerinnen in Betracht.

— Plauen i. B. In der Nacht zum Sonntag wurde in der Nähe vom Vorwerk Helmgrün aus einer Koppel ein ½ Jahre alter Bulle gestohlen. Allem Anschein nach ist das Tier im lebendem Zustande in den in nächster Nähe gelegenen Wald gebracht und dort abgeschlachtet worden.

— Plauen. Ein schweres Automobilunglück hat sich am Sonntag in der Nähe von Wurmback zugetragen. Der biesige Spitzensablatant Mutschmann machte mit Freunden, die in einem anderen Auto fuhren, eine Fahrt nach Bayern. In der Nähe von Wurmback wurde der erste Kastenwagen in den Chausseegraben geschleudert. Mutschmann hat schwere Verletzungen davongetragen. Die Frau des Fabrikanten Götz war sofort tot.

— Leipzig. Am 27. d. M. mittags gegen 2 Uhr ist einer Studentin an der biesigen Kunstabadem im Treppenhaus eines Grundstücks in der Mozartstraße, wo sie wohnt, von einem unbekannten Manne ihre braunlederne Handtasche, enthaltend 20 000 M. in 50-Mark-Scheinen, einen griechischen Relieph und eine Ausweisfarbe der Akademie, entzissen worden. Der Täter hat darauf die Flucht durch die Mozart- und Beethovenstraße nach dem Bismarckdenkmal zu ergreifen und ist trotz der wiederholten „Holtzuse“ einer jungen Dame, die ihn ein Stück verfolgte, entkommen.

Wettermitteilungen und mehrtägige Wettervorhersage.

Nachdem der gestern erwähnte Ausläufer des nördlichen Tiefrückgebietes abgegangen ist, hat das im Süden Europas liegende Hochdruckgebiet über Mitteleuropa an Raum gewonnen. Doch läßt die am Boden und besonders in höheren Schichten vorhandene lebhafte westliche Luftströmung die Lage als unsicher erscheinen, indem der Übergang eines neuen Auslaufers zu erwarten steht. Wir rechnen für die nächsten Tage mit stark veränderlicher Bewölkung, leichten Stürmen und dem Auftreten von Gewittern.

Mündelsichere 4%
landwirtschaftl. Kreditbriefe
gibt spesenfrei ab 2826

Max Berger, vormals Theodor Goerne,
Dresdner Straße 61.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwiele und Wanzen
bekämpft schneller und sicher.
Züchterisch empfohlen. Millionenlang bewährt!
Gegen Fußschwell und Wundläufen. Mukroil = Fußbad!
Drogerie Paul Kletzsch.

Die älteste Rosschlächterei
Speisewirtschaft und Pferdegeschäft im
Blauenschen Grunde.

Inhaber: Kurt Siering
Freital-Potschappel, Tharandter Str. 25.
Fernruf Amt Deuben Nr. 151
laufstlauf. Schlachtpferde, allerhöchst. Preisen

Bei Unglücksfällen sofort Tag und
Nacht mit Transportgeschirr zur Stelle.

**30 Fahrrad-
Schlosser,**
Maschinenschlosser
und Mechaniker
werden für Fahrradneubau eingestellt. Meldung
mit Invalidenkarte und sonstigen Papieren Werk-
tags 8—9 Uhr in Oberschaar oder 10—12 Uhr
vormittags an Sonntagen bei Werkmeister
Tränker, Mohorn.

Glückauf-Werke,
Theodor Dürsel,
Oberschaar bei Freiberg Sa.